Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen: (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 225. Donnerstag 15. August 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Eduard ist gestern mittag mit dreistündiger Verspätung in Wilhelmshöhe eingetroffen und wurde mit großen Ehrenbezeugungen empfangen. Die Weiterreise nach Ischl erfolgt abends 11½ Uhr. (S. Art. Seite 3.)

* Heute findet das 20jährige Regierungsjubiläum des Fürsten Ferdinand von Bulgarien statt. Die Feier ist auf den 28. August verschoben, weil die Trauerzeit um die Mutter des Fürsten noch nicht beendigt ist. (S. Art. u. Ausl.)

* Die sozialdemokratische Landeskonferenz für Sachsen wurde gestern geschlossen. (S. Dtschs. R.)

* Ein in London zu Besuch weilender französischer Kriegsschüler, der auf dem Uebungsplatz der Batterien des Artillerieregiments Nr. 5 photographische Aufnahmen machte, wurde unter dem Verdacht der Spionage verhaftet.

* Die amerikanischen Telegraphengesellschaften lehnen jede Vermittlung in dem Streit mit ihren streikenden Angestellten ab. (S. Ausl.)

* Auf das französische Lager bei Casablanca sind von den Marokkanern wiederholte neue Angriffe gemacht worden. (S. Ausl.)

* Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer veröffentlichte zum Fall Dan eine Erklärung. (S. Neues a. a. Welt.)

Die Landtagswahltaktik der Sozialdemokraten.

Daß die Sozialdemokraten auf ihrer Landesversammlung sich gegen die Hohenthalsche Wahlrechtsreformvorlage aussprechen würden, war vorauszusehen, da ein wesentlicher Punkt ihres Parteiprogramms die Forderung ist, daß das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, wie es für die Wahlen zum Deutschen Reichstag gilt, auch für die Einzellandtage der Bundesstaaten eingeführt werde. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, hat der Beschluß der Landesversammlung keine besondere politische Bedeutung. Wesentlich wichtiger ist dagegen auch für die bürgerlichen Parteien die Tatsache, daß auf der sozialdemokratischen Landeskonferenz die „Possibilisten" in der sächsischen sozialdemokratischen Partei endgültig unterlegen sind.

Anfang Mai, also lange bevor die Reformvorlage der sächsischen Regierung bekannt war, wurde in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" der Vorschlag gemacht, die Sozialdemokratie solle in dem diesjährigen Wahlkampfe, der wahrscheinlich über das Schicksal der Reform des Wahlrechts auf lange Zeit hinaus entscheiden werde, gegebenenfalls auch Liberale gegen Konservative unterstützen. Der praktische Zweck und der Wert dieses Vorschlages für die Sozialdemokraten in Sachsen lagen — so hätte man meinen sollen — auf der Hand. Nichtsdestoweniger mußte sich die Arbeiterzeitung sofort zahlreiche bittere, zum Teil gehässige Angriffe von demjenigen Flügel der Partei gefallen lassen, der in der „Leipziger Volkszeitung" seinen geistigen Führer sieht; aber sie verteidigte ihren Standpunkt ebenso entschieden wie geschickt, indem sie schrieb:

„Wir wollen von der Wahlrechtsreform nicht nur retten, was zu retten ist, wir wollen vor allem der Gefahr vorbeugen, die dem sächsischen Volke von einer übermächtigen konservativen Reaktion in der Zweiten Kammer des Landtages droht, über deren Gemeingefährlichkeit niemand mehr im Zweifel sein kann. Unsere Vorschläge eröffnen einen Weg, die volksfeindliche konservative Uebermacht zu schwächen oder ganz zu beseitigen. Für die Partei ist ja bei den Landtagswahlen die Sache bitter einfach. Wir haben, wo wir überhaupt in der Lage sind, Einfluß auszuüben, nur die Wahl zwischen dem größeren konservativen und dem kleineren liberalen oder freisinnigen Uebel. Folgen wir der „Leipziger Volkszeitung", so wird die konservative, wahlrechtsreformfeindliche Mehrheit gestärkt; folgt die Partei unseren Anregungen, so wird diese volksfeindliche Mehrheit, allerdings zum Vorteil der Linksliberalen oder Freisinnigen, geschwächt oder beseitigt. Für den Ausfall der Wahlrechtsreform kann das von erheblicher Bedeutung werden. Denn die schlimmsten Feinde jeder Wahlrechtsreform waren von jeher die Konservativen. . ."

Schon damals — in Nr. 128 vom 9. Mai — äußerten wir unsere Zweifel über die Aussichten des Possibilismus in der sächsischen Sozialdemokratie, da „die Zeichen nicht dafür sprächen, daß Vorschläge von dieser Seite bei den Parteigrößen ein geneigtes Ohr finden würden." Diese Ansicht ist durch den Verlauf der Landeskonferenz voll und ganz bestätigt worden. Außer dem Reichstagsabgeordneten Noske-Chemnitz, der sich schon wiederholt die Ungnade der Parteipäpste dadurch zugezogen hat, daß er auf Kosten des Utopismus praktische Politik zu treiben versuchte, hatte eigentlich niemand etwas für den Dresdner Vorschlag übrig. Die Sozialdemokraten verzichten also darauf, in einigen Wahlkreisen zugunsten der Wahlrechtsreform die Rolle des „Zünglein an der Wage" zu übernehmen, sie wollen auch fernerhin grollend beiseite stehen. Sie fordern alles oder nichts: entweder das Reichstagswahlrecht für den Landtag — oder wir spielen nicht mit. Die Entscheidung zeugt mehr von Temperament als von reifem politischen Urteil, und die Sozialdemokratie ladet damit eine Verantwortung auf sich, für die den Genossen offenbar das Verständnis vollkommen abgeht.

Dem Beschlusse wohnt aber auch eine gewisse symptomatische Bedeutung inne. Hier wie in der konservativen Partei hat der Revisionismus eine vernichtende Niederlage erlitten. Unsere Zeit ist einer Verwässerung der Parteigegensätze nicht günstig, sie drängt zu einer entschiedenen klaren Stellungnahme im politischen Leben.

Zum 20jährigen Regierungs-Jubiläum des Fürsten Ferdinand von Bulgarien.

Am 23. Mai 1906 beging Rumänien unter besonderen Festlichkeiten und unter Teilnahme ganz Europas das 40jährige Regierungsjubiläum des Königs Carol, jenes weisen Fürsten, der unter mannigfachen Fährlichkeiten in einem Leben voll Arbeit und Mühe das ihm anvertraute Land aus einem unentwirrbar scheinenden politischen und wirtschaftlichen Chaos zu hoher Blüte gebracht hat. Heute, am 15. August, begeht auch Bulgarien ein ähnliches Jubiläum: den Tag, an welchem Fürst Ferdinand vor 20 Jahren die Regierung des Landes übernahm.

Weder König Carol noch Fürst Ferdinand war eine Krone in die Wiege gelegt. Durch die freie Wahl eines Volkes wurden sie zu der hohen Stellung berufen, die sie nun schon so lange bekleiden, und in der sie Freud und Leid mit denjenigen teilen, von denen sie erkoren wurden. Für Rumänien wie nicht minder für das nach dem letzten russisch-türkischen Kriege entstandene Bulgarien war „ein fremder Prinz" eine Notwendigkeit. Aber während in Rumänien das Experiment — freilich nicht ohne die schmerzlichsten Erfahrungen für den jungen Hohenzollernprinzen, der in den ersten Jahren seiner Regierung mehr als einmal nahe daran war, der Krone wiederum zu entsagen — sofort gelang, mußte in Bulgarien es zweimal unternommen werden. Und während heute die rumänische Dynastie unerschütterlich begründet steht — selbst die Wogen der Bauernrevolte im Frühjahr dieses Jahres erstarben vor den Stufen des Thrones — sind die Schwierigkeiten, mit denen der Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha-Kohary zu kämpfen übernahm, als er den Fuß auf bulgarischen Boden setzte, noch nicht völlig überwunden. Aber wenn heute die Glocken in der alten bulgarischen Zarenstadt Tirnovo zur Feier des Jubiläums läuten, dann jubelt auch das bulgarische Volk dem Fürsten Ferdinand in aufrichtiger Ergebenheit zu und bringt ihm den reichverdienten Dank dar für alles das, was er in den 20 Jahren seiner Regierung für die Wohlfahrt und den Fortschritt des Landes getan hat.

Man erinnert sich noch der überaus schwierigen Situation, in welcher sich Bulgarien befand, als es nach der durch russische Intrigen herbeigeführten Abdankung des Prinzen Alexander von Battenberg vergeblich überall bei den Fürstenhöfen Umschau nach einem neuen Fürsten hielt. Jede Fürstenfamilie scheute sich vor einem Konflikte mit Rußland, der unausbleiblich schien, wenn einer der ihrigen die bulgarische Fürstenkrone aus der Hand Stambulows entgegennahm. Im bulgarischen Volke anderseits lebte tief die Dankbarkeit gegen den durch eine Hand voll bestochener und verführter Verschwörer gestürzten jugendschönen ersten Bulgarenfürsten, der seine junge Armee zu Sieg und Ruhm geführt hatte; die Führer der Nation standen in bitterer Fehde mit Rußland, weil es Bulgarien zu einer russischen Satrapie machen wollte und den leidenschaftlich verehrten Fürsten Alexander verjagt hatte, während sie doch auch die Pflicht der Dankbarkeit nicht verkannten, welche Bulgarien dem großen Zarenreiche schuldete, da dieses es von der türkischen Herrschaft befreit hatte. Es gehörte für den Prinzen Ferdinand ein unverkennbarer Mut dazu, trotzdem die dargebotene Krone sich aufs Haupt zu setzen, die so leicht zur Dornenkrone werden konnte. Mit dem frischen Wagemute der Jugend bot er aber allen Schwierigkeiten die Stirn. Von dem weisen Rate seiner klugen Mutter, der im letzten Jahre verstorbenen Prinzessin Clementine, unterstützt, übernahm er die schwere Aufgabe, die seiner am Ufer des Iskar wartete.

Man hat in der europäischen Presse lange Jahre von dem Fürsten Ferdinand geringschätzig gesprochen und ihn im bunten Wechsel einmal als den Handlanger Stambulows hingestellt und das andere Mal für alle Maßnahmen, wenn sie nicht den Beifall der Menge fanden, verantwortlich gemacht. Neun lange Jahre vergingen, bevor der Fürst, bis dahin von allen Seiten ständig angefeindet, vom Sultan die Bestätigung seiner Wahl empfing und darauf endlich auch als Fürst von den Vertragsmächten anerkannt wurde.

Und doch kam er von den besten Wünschen beseelt und mit einem reichen Arbeitsprogramm nach Bulgarien. Das Land, dessen Geschicke man ihm anvertraut hatte, immer größerer Wohlfahrt und Zivilisation zuzuführen, darin gipfelte sein Ehrgeiz, und rastlos arbeitete er an dieser Aufgabe. Daß diese Tätigkeit, die ja nicht gleich erfolgreich sein konnte, außerhalb Bulgariens so wenig in die Augen sprang, war das Unglück in den ersten Regierungsjahren Ferdinands. Indem er, mit der hohen Politik noch wenig vertraut, diese ganz der Leitung Stambulows überließ und sich zunächst auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkte, wurde er von dem Ruhme Stambulows in den Hintergrund gedrängt. Aber heute verdient es allgemein bekannt zu werden, daß auf seine Initiative hin Bulgarien 1889 begann, mit allen Staaten Handelsverträge abzuschließen, durch welche Handel und Verkehr in dem jungen Staate eine mächtige Förderung erfuhren. Er begünstigte ferner die Gründung von Fabriken, wobei er mit überraschender Kenntnis der Bedürfnisse des Landes verfuhr, er setzte, nicht ohne manchen harten Kampf mit Interessenjägern, den Bau von Eisenbahnen durch, vermehrte das Telegraphennetz und war einer der ersten, die das Nutzbringende der Einführung des Telephons für den allgemeinen Verkehr erkannten. Auch dem Heere widmete er seine Fürsorge, und die häufigen Reformen in dessen Organisation sind nicht ohne seine tatkräftige Mitwirkung zustande gekommen.

Die Geschichte der Ermordung Stambulows wird noch zu schreiben sein. Sie wird kein Ruhmesblatt in den Annalen der panslawistischen Propaganda bilden. Schwere Vorwürfe hat aus Anlaß dieser Bluttat Fürst Ferdinand zu hören bekommen, ja man scheute sich sogar nicht, ihn der Mitschuld zu zeihen. Indessen all das, was damals geschrieben und gesprochen worden ist, fußte doch einzig und allein auf den harten Aeußerungen, welche Stambulow nach seiner Entlassung über den Fürsten tat; der Fürst selbst steht turmhoch über allen Verdächtigungen. Es hatte ihm wahrlich keinen leichten Entschluß gekostet, sich von dem zielbewußten und energischen — oft freilich auch zu energischen — Stambulow zu trennen, und oft hatte er das entscheidende Wort wieder hinausgeschoben. Aber als der politische Karren schließlich zu fest gefahren war, und als der an höfische Umgangsformen nicht gewöhnte Stambulow das ihm als Ministerpräsident zustehende Recht, Zeuge bei der Geburt des Thronfolgers zu sein, in geradezu brutaler Weise ausübte, so zwar, daß für die hohe Wöchnerin eine kurze Zeit Lebensgefahr bestand, da mußte schließlich der schwere Schritt getan werden. Fürst Ferdinand, welcher in den 7 Jahren, in denen er mit Stambulow gearbeitet hatte, genügend Zeit gefunden hatte, in der hohen Politik heimisch zu werden, machte nach der Entlassung Stambulows auch auf diesem Gebiete seinen Einfluß geltend, und seinen Bemühungen gelang es ja dann schließlich auch, die Versöhnung Bulgariens mit Rußland herbeizuführen. Seithem hat er sich mit großer Gewandtheit auf dem glatten Parkett der hohen Politik bewegt, und heute gibt es wohl niemanden mehr, welcher dem Fürsten Ferdinand das Zeugnis eines der geschicktesten Diplomaten versagen würde.

So sehen wir heute, daß der Fürst von allen Staatsoberhäuptern auf das Sympathischste behandelt wird, daß er sich überall Achtung und Vertrauen erworben hat. Sein Heer ist gut organisiert und ausgebildet, und wenn dem Fürsten häufig die Absicht zugesprochen wird, sein Kriegsglück gegenüber der Türkei zu erproben, so beweist die Tatsache, daß er trotz der Schlagfertigkeit des Heeres all die Jahre hindurch den Frieden aufrecht erhalten hat, daß er nicht gewillt ist, sich auf Abenteuer einzulassen. Auch die Finanzen befinden sich in einem guten Stande, Handel und Verkehr blühen, und wenn man das junge Staatengebilde da unten bereist, trifft man überall Zeugen raschen kulturellen Fortschrittes. Wenn Fürst Ferdinand all das heute überblickt, so darf er einen hervorragenden Teil an dem Verdienste daran sich selbst zuschreiben.

Deutsches Reich.

Leipzig, 15. August.

h. **Biedermanns Spießgesellen.** Bekanntlich war in der Strafsache wegen Betrugs gegen den Polen Martin Biedermann, die im April des Jahres vor dem Landgericht in Schweidemühl beendet war, festgestellt, daß der Angeklagte sich einer Anzahl Deutscher mit gut klingenden deutschen Namen bedient hat, die sich von ihm gegen Entgelt bei dem An- und Verkauf von Gütern als Käufer haben vorschieben lassen, wenn ein deutscher Verkäufer seinen Besitz nicht an einen Polen, sondern an einen Deutschen verkaufen wollte. In dieser Rolle haben sich leider auch einige, noch dem Offiziersstande angehörige Personen bereitfinden lassen. Wie wir hören, wird nunmehr gegen den Major a. D. Hintze in Bromberg und gegen den Hauptmann a. D. Berger-Langefeldt in Berlin ehrengerichtlich vorgegangen werden, weil sie mit dem Polen Biedermann zum Zwecke der Vermittlung des Uebergangs deutscher Besitzungen in polnische Hände in Geschäftsverbindungen gestanden haben.

* **Die schleswigschen Dänen.** Die politische Organisation der Dänen in Nordschleswig hat folgende Erklärung veröffentlicht: Indem wir der Zusage des Herrn Oberpräsidenten v. Bülow, er wolle der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs mit Vertrauen entgegenkommen, unsere volle Würdigung aussprechen und erwarten, daß er das ihm anvertraute hohe Amt in gleicher und verantwortlicher Weise verwalten werde, erheben wir energischen Einspruch gegen die von einem kleinen fanatischen Agitationsausschuß verursachte Aufreizung des deutschen Volkes. Den groben Unwahrheiten gegenüber, welche in der letzten Zeit in ganz Deutschland verbreitet wurden, erklären wir: Die dänische Bevölkerung in Nordschleswig entfaltet keine Losreißungsbestrebungen und treibt keinen Boykott. Sie steht auf dem Boden der Verfassung und der bestehenden Grenze und entfaltet nur gesetzlich erlaubte Bestrebungen zur Verteidigung und Erhaltung ihrer ererbten Nationalität." — Hoffentlich wird's wahr!

* **Zu Naumanns Wahlfeldzug.** Die „Nat.-Lib. Korre." verteidigt sich gegen Naumanns Verdächtigung nationalliberaler Wahlreformfreundschaft:

Die nationalliberale Partei denkt gar nicht daran, das Aufsteigen der Wahlbewegung zu hemmen. Wo in aller Welt ist auf nationalliberaler Seite angesprochen worden, daß man sich einer Wahlrechtsreform in Preußen hemmend in den Weg stellen wolle? Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat zu wiederholten Malen rednerisch und durch Anträge bezeugt, für wie dringend verbesserungsbedürftig sie das preußische Wahlrecht hält. Der Reichstagsabgeordnete Naumann möge doch nur nachlesen, was der nationalliberale Abgeordnete Dr. Krause am 23. März 1906 im preußischen Abgeordnetenhause gesagt hat. Er erklärte damals mit Bezug auf die zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe der Regierung über unerhebliche Aenderungen der Zahl der Abgeordneten und des Wahlverfahrens, die vom damaligen Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg mit der wohl noch in Erinnerung befindlichen „philosophischen Rede" befürwortet wurden:

„Ich lege das Hauptgewicht darauf, hier von vornherein namens meiner sämtlichen politischen Freunde zu erklären, daß wir in dem uns vorgelegten Gesetz auch nicht den kleinsten Anfang einer Wahlreform erblicken, sondern . . . ein Flickwerk, ein Flickgesetz allergeringsten Grades."

Dieselbe Korrespondenz beruft sich für ihre Zurückweisung des Naumannschen „Radikalismus" auf die „Voss. Z.":

„Wir hegen auch einige Zweifel, ob nationalsoziale Eiferer, die sich anschickend für die Alternative begeistern „alles oder nichts", in der Praxis nach dieser Richtschnur handeln würden, wenn die Vorlage des Fürsten Bülow die Klasseneinteilung, die indirekte Wahl und die öffentliche Abstimmung beseitigte, gleichwohl aber in einzelnen Punkten hinter dem Reichswahlrecht zurückbliebe. Wir selbst sind nicht geneigt, uns im voraus auf die Ablehnung jedes Entwurfs zu binden, der nicht vollkommen mit dem Reichswahlrecht übereinstimmt; möglicherweise ist das Ziel erst in Etappen zu erreichen, wie auch das heutige Wahlrecht in England nicht mit einem Schlage, sondern durch eine Reihe von Akten der Gesetzgebung geschaffen worden ist."

-o- **Sozialdemokratische Landeskonferenz.** Bei der Debatte über die Wahlrechtsfrage und die nächsten Landtagswahlen warnte u. a. der Redakteur der „Sächs. Arbeiterztg.", Riem, die Liberalen vollständig vor sich abzustoßen, wenn sie sich für das gleiche, geheime, allgemeine, direkte Wahlrecht erklärten. Schon aus Zweckmäßigkeitsgründen müsse man eine solche Möglichkeit erwägen. Mit dieser „Gefühlspolitik" hatte Riem aber den Zorn der Radikalsten entfacht. Sporer erhob sich Abg. Geyer-Leipzig und warf ihm „Illusionspolitik" vor. Die Liberalen hätten überhaupt keine politische Bedeutung mehr und ihre Mandate seien nur mit Hilfe anderer Parteien errungen worden. Mit ihnen und den Reformern könne die Sozialdemokratie nie paktieren. Während Staatsminister v. Metzsch von den Konservativen ins Amt gebracht worden sei und ihr Helfershelfer gewesen, seufze die jetzige Regierung unter dem Drucke dieser Konservativen. Den Kampf gegen diese könne nur mit Hilfe der Sozialdemokratie geführt werden. Auch der frühere Reichstagsabgeordnete für Löbau, Buchhalter Sindermann, lehnte jedes Paktieren ab. Die Sozialdemokraten würden die größten Toren sein, wenn sie die Linksliberalen unterstützten. Auch der Vorsitzende, Redakteur Fleißner, polemisierte gegen die Liberalen. Der Kampf um das Wahlrecht sei nur ein Kampf um die Wurst zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Reichstagsabgeordneter Geyer führte daraufhin noch aus, daß es im nächsten Landtage überhaupt gar nicht zu einer Wahlreform kommen werde. Es handle sich nur um eine abermalige Verschleppung dieser Sache. Das allgemeine Wahlrecht werde nur durch einen Druck aus dem Volke heraus erreicht werden. Mit Flinten und Pulver könne man die Sozialdemokratie nicht schrecken. Sie werde weiter demonstrieren für das Wahlrecht. In welcher Weise dies geschehen wird, sei Sache weiterer Erwägung. Reichstagsabgeordneter Noske-Chemnitz vertrat den Standpunkt Riems. Wenn man immer erkläre: „Die Bürgerlichen sind unsere Todfeinde, ihnen gilt